

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

46. Sitzung  
23. Januar 2025

Beginn: 09.03 Uhr  
Schluss: 12.08 Uhr  
Vorsitz: Tonka Wojahn (GRÜNE, stellv. Vorsitzende)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Damiano Valgolio** (LINKE) stellt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Frage:

„Stimmt es, dass ARRIVO und andere über ZGS finanzierte Träger der Arbeitsmarktförderung die Tariferhöhungen nach TV-L aus den bisherigen Mitteln finanzieren müssen und nicht zusätzliche Mittel erhalten?“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) führt aus, im Zuge der Haushaltskonsolidierung habe auch die Tarifvorsorge in der Diskussion gestanden, man habe aber absichern können, dass der Bereich den einzelnen Häusern mit 47 Mio. Euro zugewiesen werde. Sowohl die Projekte im Rahmen von ARRIVO als auch weitere fehlbedarfsfinanzierte Projektförderungen in Berlin würden mit Vergütungen nach TV-L gefördert. Die Projekte könnten die tatsächlichen Personalkosten entsprechend des TV-L bei der ZGS beantragen. Wenn die Prüfung ergebe, dass die Personalkosten stimmig errechnet worden seien, könnten diese in voller Höhe bewilligt und zur Auszahlung gebracht werden. Insofern treffe es nicht zu, dass Tariferhöhungen nach TV-L nicht vollständig refinanziert werden könnten.

**Damiano Valgolio** (LINKE) merkt an, die Refinanzierung sei eine Errungenschaft des Vorgängerssenats. Seine Frage sei, ob die ZGS den Trägern mehr Mittel zur Verfügung stelle, um die Tarifierhöhungen zu refinanzieren, oder ob die Höhe der Mittel gleich bleibe, sodass die Träger die Tarifierhöhungen an die Arbeitnehmer nur durch eine Einschränkung ihrer Leistungen für die Betroffenen bezahlen könnten.

**Margrit Zauner** (SenASGIVA) antwortet, die SenASGIVA handle bei Zuwendungen im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierungen auf Grundlage des geltenden Haushaltswirtschaftsrundschreibens. Eine zentrale Tarifvorsorge gebe es nicht mehr. Das Haushaltswirtschaftsrundschreiben 2025 enthalte unter Nummer 943 die ergänzende Auflage, dass Zuwendungsempfänger ihre Personalkosten entsprechend beantragen müssten. Nicht alle Träger täten dies. Dies habe teilweise innerbetriebliche Gründe. Sofern die Träger den beantragten Mittelbedarf nachweisen könnten, würden die Anträge im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bewilligt.

**Sebahat Atli** (SPD) stellt die spontane Frage:

„Wie bewertet der Senat den Neunten Altersbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“, der am 8. Januar 2025 veröffentlicht worden ist.“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) erklärt, der Neunte Altersbericht der Bundesregierung beschäftige sich mit der Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland, schwerpunktmäßig mit der gesellschaftlichen Teilhabe und dem Potenzial älterer Menschen. Auch Fragen der Mobilität und der Barrierefreiheit seien ein Schwerpunkt. Der Bericht sei eine gute Grundlage für senienpolitische Initiativen. Senat und Koalitionsfraktionen diskutierten aktuell, wie man die Teilhabe älterer Menschen in Berlin mit einem neuen Altenhilfestrukturegesetz und dem Seniorenmitwirkungsgesetz stärken könne. Zuständig sei SenWGP. Darüber hinaus thematisiere der Bericht auch die gesetzliche Rentenversicherung und das Thema Altersarmut und gebe Empfehlungen zur Überwindung letzterer. In Berlin sei die Altersarmut ein Problem. Die Stabilisierung des Rentenniveaus sei daher richtig. Falls in diesem Jahr nichts unternommen werde, würden das Rentenniveau und die Renten weiter sinken. Auch eine Stärkung der gesetzlichen Rente werde diskutiert. Viele diesbezüglichen Entscheidungen seien auf Bundesebene zu treffen.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) stellt die spontane Frage:

„Was plant der Senat mit Blick auf den aktuellen Brandbrief der Sozialstadträte zum Personalmangel in den Sozialämtern kurz-, mittel- und langfristig, um die Arbeitssituation in den Berliner Sozialämtern zu verbessern?“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) sagt, die Arbeitssituation in den Sozialämtern sei seit Antritt der Regierung bekannt. Es fänden regelmäßige Austauschrunden mit den Sozialstadträten statt, bei denen das Thema adressiert werde. Sie habe die Arbeitssituation und die fehlenden personellen Ressourcen mehrfach im Senat adressiert. Die Bezirksstadträte hätten sie diesbezüglich vor Weihnachten angeschrieben. Das Thema habe am 21.01.2025 auch auf der Agenda der Bezirkstour des Senats in Pankow gestanden. Dort habe ein Austausch mit der Finanzverwaltung stattgefunden. Die Aufgaben stiegen in den Ämtern, die personellen Res-

sourcen wüchsen nicht mit. Die Fallzahlen pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter hätten sich drastisch erhöht. Angemessen seien im LAF etwa 100 Fälle pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Aktuell läge man aber bei über 200 Fällen pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. In den Sozialämtern liege die Fallzahl bei über 400 pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Die Situation führe zur Überlastung der Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern. Es sei wichtig, Lösungen zu finden. Man sei im Gespräch mit der Finanzverwaltung, die sowohl auf Landesebene als auch auf Bezirksebene für die personellen Ressourcen zuständig sei. Durch die Digitalisierung der gesamtstädtischen Unterbringung und der sozialen Wohnhilfen erhoffe man sich eine Arbeitsentlastung.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) bemerkt, ein wesentliches Problem sei, dass das LAF statusgewandelte Wohnungslose vor die Tür setze, die dann morgens um 08.00 Uhr in die Sozialämter gingen, wo man versuche, bis 11.00 Uhr Notunterkunftsplätze für die Betroffenen zu finden. Was habe die Senatorin vor, um dies zu verhindern? Wie könne man diesen Prozess zwischen LAF und Sozialämtern digitalisieren?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) betont, man habe sich bereits im Sommer für eine Entfristung der vorgesehenen Beschäftigungspositionen eingesetzt. Die Arbeitssituation in den Sozialämtern sei auch im Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Thema gewesen. Am 19. September 2024 habe man eine Verlängerung der Beschäftigungspositionen in den Sozialämtern erwirken können. Mit einer Senatsvorlage habe man im Oktober auf die Personalsituation in den Sozialämtern in den Bezirken aufmerksam gemacht. Der Senat befasse sich mit dem Thema. Mit Blick auf die Ende 2025 auslaufenden Beschäftigungspositionen arbeite man an einer Lösung. Für die Unterbringung statusgewandelter Wohnungsloser seien die Bezirke zuständig. Man leiste Amtshilfe. Wenn die Bezirke die Menschen nicht unterbringen könnten, bringe man sie selbst unter. Es handele sich dabei um eine große Zahl an Menschen. Hier gelte es, gemeinsam mit den Bezirken Lösungen zu finden.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) ergänzt, weder beim LAF noch bei den Sozialämtern seien die Fallaktenzahlen niedrig. Man denke beides zusammen. Beim LAF werde niemand vor die Tür gesetzt. In Amtshilfe bringe man circa 12 000 statusgewandelte Menschen unter. Man arbeite mit den Bezirken solidarisch zusammen. Die Senatorin habe sich um eine frühzeitige Adressierung des Problems gekümmert. Er habe Ende des Jahres das Sozialamt Pankow besucht, um sich die Situation vor Ort anzuschauen.

In Sachen Digitalisierung sei das Fachverfahren zur gesamtstädtischen Steuerung wichtig. Aktuell telefonierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozialämtern und sozialen Wohnhilfen anhand von Listen diverse Adresse ab, um zu schauen, wo noch Plätze frei seien. Das Fachverfahren sei bereits weiter vorangeschritten und werde das Problem lösen. Dann laufe die Buchung der Plätze über das System. Im Februar werde der erste Standort, Tegel, das Buchungssystem anwenden. Mit den Bezirksstadträten sei vereinbart, dass man sukzessive versuchen werde, auch die ASOG-Unterkünfte in das System zu bringen. Bezüglich der Digitalisierung der sozialen Wohnhilfe sei man im Gespräch mit dem ITDZ. SenASGIVA verfolge das Thema priorisiert. Entscheidend sei, dass man bei der personellen Ausstattung weiterkomme. Ziel sei eine Entfristung der BePos.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) fügt hinzu, sie habe bei der Bezirkstour in Pankow das Thema der Personalsituation in den Sozialämtern auf die Tagesordnung gesetzt, da

sie dazu vor Ort und zusammen mit dem Senat das Gespräch habe führen wollen. Man habe die Arbeitssituation in einer gemeinsamen Sitzung des Bezirksamtes und des Senats erörtert. Sie bedanke sich bei den Kolleginnen und Kollegen in den Sozialämtern für deren Leistung.

**Amtierende Vorsitzende Tonka Wojahn** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) berichtet, auf der in der vergangenen Woche eröffneten Grüne Woche finde zum zweiten Mal der sogenannten young generation hub statt. Junge Menschen hätten dort die Möglichkeit, vor Ort mit Ausbildungsbetrieben im Bereich Handwerk ins Gespräch zu kommen und zu sehen, welche Optionen es gebe. Es gebe über 300 Ausbildungsberufe, von denen vor Ort einige vorgestellt würden, insbesondere im Bereich Energie und Klima. Sie habe gemeinsam mit Auszubildenden an einer Podiumsdiskussion teilgenommen, bei der dargelegt worden sei, was aus Sicht der jungen Menschen erforderlich sei, u. A. eine angemessene Ausbildungsvergütung und bezahlbarer Wohnraum. Beides sei für die Anwerbung von Auszubildenden entscheidend.

Beim Thema Berufssprachkurse sei ihr wichtig, dass es weiterhin ermöglicht werde, berufsbegleitend die deutsche Sprache zu lernen. Die berufsbegleitenden Sprachkurse würden bundesseitig finanziert. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung auf Bundesebene sei es aktuell nicht einfach, die Menschen mit diesen Maßnahmen zu unterstützen. Es sei wichtig, eine entsprechende Forderung zur Fortführung an die Bundesebene zu richten, was sie tun werde. Sie ermutige auch alle anderen dazu, an die neue Bundesregierung zu appellieren, die Berufssprachkurse weiterhin zu finanzieren und zu stärken. Eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt erfolge aus ihrer Sicht auch über die Sprache.

Sie habe Broschüren des Mietschuldenratgebers der Landesarmutskonferenz in Kooperation mit der SenASGIVA mitgebracht. SenASGIVA habe zur Finanzierung der Broschüre beigetragen. Diese sei in leichter Sprache verfasst und enthalte Informationen zum Umgang mit Mietschulden, Kündigungen und drohenden Räumungen sowie zur Abwendung selbiger. Sie bitte die Abgeordneten, für die Broschüre zu werben. Weitere Exemplare könne man über die E-Mail-Adresse [wohnungshilfe@senasgiva.berlin.de](mailto:wohnungshilfe@senasgiva.berlin.de) anfordern.

**Damiano Valgolio** (LINKE) fragt, was dies für die Berufssprachkurse bedeute, die aktuell in Berlin angeboten würden. Würden diese eingestellt? Nehme man keine neuen Schüler auf? Laufe alles wie gehabt?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) antwortet, die berufsbegleitenden Sprachkurse müssten mit den Arbeitgebenden abgestimmt werden, da dafür Raum geschaffen werden müsse. In Berlin gebe es auch landesseitig ergänzende Sprachförderungen, die erhalten blieben. Aktuell sei es bei den Berufssprachkursen so, dass man den Bedarf aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung auf Bundesebene nicht abdecken könne. Man sei mit den Betroffenen dazu im Austausch, wie man dies abfedern könne.

**Sven Meyer** (SPD) erkundigt sich, ob im Rahmen des Podiums auf der Grünen Woche Forderungen der Arbeitgeber thematisiert worden seien, die neue Impulse bringen könnten. Sei das Thema Ausbildungsplatzumlage besprochen worden?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) antwortet, an der Podiumsdiskussion, an der sie teilgenommen habe, hätten neben ihr und drei Auszubildenden der Deutsche Gewerkschaftsbund, eine Vertreterin der IHK und ein Vertreter der Handwerkskammer teilgenommen. Es sei betont worden, dass auch eine Stärkung des Bildungssystems nötig sei, um die jungen Menschen ausbildungsfähig zu machen. Auch die Ausbildungsplatzumlage sei Thema gewesen. In Berlin bildeten lediglich 11 Prozent der Betriebe aus. Wer nicht ausbilde, dürfe sich nicht über den Fachkräftemangel beklagen. In Berlin gelte die Koalitionsvereinbarung, dass, wenn bis Anfang 2026 nicht 2 000 zusätzliche Ausbildungsverträge erreicht würden, eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werde. Einige Branchen hätten bereits ein Umlagesystem.

**Christoph Wapler** (GRÜNE) erklärt, die erwähnte Koalitionsvereinbarung sei unglücklich, da sie von Teilen der Unternehmerschaft als Sanktion wahrgenommen werde, obwohl diese den auszubildenden Betrieben zugutekomme, also eine Unterstützung sei. Sehe die Senatorin, dass sich bei den Unternehmen die Einsicht durchsetze, dass es sich um eine solidarische Umlage handle? Was könne die SenASGIVA dafür tun, einen entsprechenden Prozess des Umdenkens anzuregen?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) betont, es handle es sich um eine Unterstützung der Berliner Wirtschaft. Ziel sei die Stärkung der Ausbildungsbetriebe, um den Fachkräftemangel abzubauen. Das eingenommene Geld solle genutzt werden, um die Betriebe zu stärken, die ausbildeten. Es handle sich aus ihrer Sicht um einen Bonus für jene Berliner Betriebe, die in die Ausbildung junger Menschen investierten.

**Dr. Martin Pätzold** (CDU) fragt, ob ihm die Senatorin darin zustimme, dass die aktuell geführten Debatten zur Ausbildungsplatzumlage und zum Fachkräftemangel dazu führten, dass man das Thema sachlicher und zukunftsorientierter diskutiere, als dies vorher der Fall gewesen sei.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) stimmt zu, dass man eine sachliche Diskussion zum Thema führe. Es sei der geteilte Wunsch aller, junge Menschen in die Ausbildung zu bringen. Im letzten Jahr hätten 3 700 Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Sie sei sicher, dass man für Berlin einen guten Weg finden werde.

**Amtierende Vorsitzende Tonka Wojahn** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0145](#)  
**Zeitplan und weiteres Vorgehen zum Solidarischen**  
**Grundeinkommen** ArbSoz  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0186](#)  
**Langzeiterwerbslosigkeit in Berlin – wie weiter nach**  
**dem solidarischen Grundeinkommen** ArbSoz  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Die Linke [0116](#)  
Drucksache 19/1224 ArbSoz  
**Streikrecht von Auszubildenden verteidigen** BildJugFam(f)

**Damiano Valgolio** (LINKE) erinnert daran, dass in der Vergangenheit ein Rundschreiben an die Berufsschulen verschickt worden sei, dass dazu aufgerufen habe, die Streikteilnahme an den Berufsschultagen als Fehlzeit zu werten. Dies müsse aus Sicht seiner Fraktion durch ein neues Schreiben an die Berufsschulen richtiggestellt werden. In der Ausführungsverordnung Berufsschulpflicht stehe inzwischen, dass es möglich sei, dass die Eltern den Auszubildenden für die Teilnahme an Streiktage ein Beurlaubungsschreiben ausstellten, wenn es bei dem Arbeitskampf um die Inhalte des Ausbildungsverhältnisses gehe. Diese Verbesserung der rechtlichen Lage sei gut, genüge aber noch nicht. Auszubildende müssten die Möglichkeit haben, immer zu streiken, nicht nur wenn die individuellen Ausbildungsbedingungen geregelt würden und die Eltern unterschrieben. Diesbezüglich gebe es eine Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

**Sven Meyer** (SPD) erklärt, man sei weitergekommen als in der vorherigen Koalition und habe einiges verbessert. Man habe das Streikrecht der Auszubildenden gestärkt, auch wenn weiterhin Potenzial zur Verbesserung bestehe. Die Koalition lehne den Antrag ab.

**Christoph Wapler** (GRÜNE) widerspricht dem Eindruck einer Verbesserung der Situation unter Schwarz-Rot. Die Kritik richte sich gegen die Senatsbildungsverwaltung. Rechtlich sei seit 1984 klar, dass sich Auszubildende an Streiks beteiligen dürften. Dies müsse auch an Berufsschultagen möglich sein. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) unterstreicht das Recht der Auszubildenden zu streiken. Die Koalition habe Verbesserungen erzielt. Da es sich um eine schulrechtliche An-

gelegenheit handele, die nicht in ihrer Zuständigkeit liege, wolle sie sich an dieser Stelle nicht weiter dazu äußern.

**Der Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1224.

Punkt 7 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/1410

**Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner  
Bildungszeitgesetzes (BiZeitG)**

[0157](#)

ArbSoz

**Damiano Valgolio (LINKE)** führt aus, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten in Berlin das Recht, pro Jahr eine Woche Bildungszeit zu beantragen. Die Arbeitgeber müssten die Beschäftigten für diese Woche bezahlt freistellen. In der Praxis machten nur wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon Gebrauch. Dies liege erstens daran, dass zu wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon wüssten, zweitens werde, wer Bildungszeit nehme, zum Teil stigmatisiert. Daher rege seine Fraktion an, die Arbeitgeber dazu zu verpflichten, ihre Beschäftigten jedes Jahr darauf hinzuweisen, dass diese das Recht hätten, bezahlte Bildungszeit zu nehmen und mit keinen Nachteilen zu rechnen hätten, wenn sie dies täten. Wenn der Arbeitgeber es unterlasse, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darauf hinzuweisen, solle der jährliche Bildungszeitanspruch – analog zur Rechtslage beim Erholungsurlaub – nicht zum Ende des Jahres verfallen, sondern ins nächste Jahr übertragen werden. Dies werde hoffentlich dazu führen, dass mehr Beschäftigte die Bildungszeit in Anspruch nähmen.

**Tonka Wojahn (GRÜNE)** erklärt, ihre Fraktion unterstütze den Antrag und werde ihm zustimmen.

**Der Ausschuss** empfiehlt dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1410.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie im Land  
Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0190](#)

ArbSoz

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der  
Ukraine in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0177](#)  
ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 19.09.2024

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.